

MITTAGSPOST

Ausgabe 16/2022

Fraktion

Um die Bürgerinnen und Bürger, aber auch die Unternehmen zu entlasten, hat die Kommission Erdgas und Wärme der Bundesregierung Anfang der Woche die Eckpunkte zur Gaspreisdeckelung vorgestellt. Vorgesehen ist die Unterscheidung zwischen privaten Haushalten und der Industrie. Bei den privaten Haushalten wird ein zweistufiges Verfahren angestrebt:

Im Dezember 2022 soll der Staat einmalig die Abschlagszahlung auf Basis der Abschlagszahlung von September 2022 übernehmen. Von März 2023 bis April 2024 wird ein garantierter Bruttopreis von 12 ct/kWh für 80 Prozent des Verbrauchs definiert, der der Abschlagszahlung aus September 2022 zugrunde gelegt wurde. Für Mengen oberhalb des Kontingents gilt der vertraglich vereinbarte Arbeitspreis. Für Fernwärmekunden wird analog ein garantierter Bruttopreis von 9,5 ct/kWh für ein Grundkontingent von 80 Prozent festgelegt. Für industrielle Verbraucher wird ein Kontingent des Gasverbrauchs von 70 Prozent des Verbrauchs des Jahres 2021 definiert. Für dieses Kontingent wird ein garantierter Beschaffungspreis von 7 ct/kWh festgelegt. Für Mengen oberhalb des Kontingents gilt auch hier der vertraglich vereinbarte Arbeitspreis. Wichtig ist dabei auch, dass es für soziale Hilfsdienstleister wie Krankenhäuser ebenso Hilfen gibt. [\(Weitere Infos hier\)](#) Damit arbeiten wir mit Hochdruck an Lösungen, die alle entlasten sollen!

Plenum

Diverse Punkte standen bei unseren Debatten im Plenum auf der Tagesordnung. Besonders hervorzuheben sind dabei folgende Punkte: Mit dem KiTa-Qualitätsgesetz streben wir weitere Qualitätsverbesserungen in der Kindertagesbetreuung an. Dabei können die Länder gezielt entscheiden, in welche der sieben vorrangigen Handlungsfelder sie investieren wollen. [\(Mehr Infos hier\)](#). Mit der Einführung des Bürgergeldes zum 1. Januar 2023 wird die größte Sozialreform Deutschlands umgesetzt. Damit wird der Regelsatz um 50 Euro erhöht und an die Inflation angepasst. Außerdem ist es das Ziel, Menschen gezielter zu betreuen, um sie langfristig in Arbeit zu bringen. Dafür schaffen wir eine Basis des Vertrauens und der Kooperation. [\(Infos hier\)](#) Um Bürgerinnen und Bürger gezielt durch diese angespannte Zeit zu bringen, haben wir in dieser Woche über folgende Unterstützungsleistungen gesprochen. Das WohngeldPlus soll den Kreis der Berechtigten deutlich ausweiten. Ebenso ist ein weiterer Heizkostenzuschuss vorgesehen. [\(Infos hier\)](#) Daneben soll eine Energiepreispauschale für Rentner:innen und Pensionär:innen des Bundes auch hier für Entlastung sorgen. Vorgesehen ist eine Pauschale in Höhe von 300 Euro, die zwar steuerpflichtig ist, aber nicht auf Sozialleistungen angerechnet wird. Die Auszahlung soll zum 15. Dezember starten, [\(Weitere Infos hier\)](#) Weitere Punkte dieser Woche waren: Änderung der Energiesteuer und des Stromsteuergesetzes [\(Infos hier\)](#), Änderung des Plansicherstellungsgesetzes [\(Infos hier\)](#) oder aber das Herkunftsnachweisregister bei Energie. [\(Infos hier\)](#)

Oberschule Ganderkesee in Berlin

Am Dienstagabend besuchte mich die Oberschule Ganderkesee anlässlich ihrer Klassenfahrt in Berlin. Die Schülerinnen und Schüler zeigten viel Interesse und stellten mir etliche Fragen zu Themen wie dem Ukraine-Krieg, den Atomdrohungen Russland, den hohen Energiekosten aber auch zum Beruf des Politikers. Schön, dass ihr da wart.



Im Gespräch mit VW

Zusammen mit den Kollegen und Kolleginnen der Landesgruppe Niedersachsen/Bremen war ich diese Woche im Gespräch mit Thomas Schäfer, der als CEO für die Marke VW-PKW verantwortlich ist. Themen waren der Strukturwandel in der Automobilindustrie, die Lieferkettenproblematik sowie der Fachkräftemangel. Hier ging es um gezielte Lösungsansätze, die die Politik hier ergreifen will.



Tauschten sich aus: Anja Troff-Schaffarzyk, Falko Mohrs, Johann Saathoff, Susanne Mittag, Adis Ahmetovic, Thomas Schäfer (VW), Svenja Stadler

Übergabe der Erntekrone

Am Mittwoch fand im Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft die Übergabe der diesjährigen Erntekrone durch den Bund der Deutschen Landjugend statt. Dazu gehörte auch ein intensiver Meinungsaustausch zu den vielen aktuellen Herausforderungen, die die junge Generation sehr undogmatisch angehen wird.



Umweltkriminalität als Problem anerkennen

Die SPD AG Kriminalpolitik lud gestern zu einer Veranstaltung zum Thema Umweltkriminalität ein. Zu Gast war nicht nur Bundesinnenministerin Nancy Faeser, sondern auch verschiedene Umweltaktivisten, die über die organisierte Kriminalität bei Elfenbein-, Holzhandel oder Müllentsorgung berichteten. Umweltkriminalität gilt als das drittgrößte Kriminalitätsfeld des organisierten Verbrechens. Jedes Jahr werden hier ca. 110 bis 280 Mrd. US-Dollar umgesetzt. Gewalt, Korruption, Geldwäsche und Betrug sind systemische Bestandteile dieser grenzübergreifenden Umweltkriminalität. Deshalb müssen wir unsere Kräfte europa- und weltweit bündeln! Der Kampf gegen diese Kriminalität ist für eine erfolgreiche Klima- und Artenschutzpolitik unerlässlich.